

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

251 (27.10.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Außenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsbesuch: 1/2 10 Uhr vormittags.

Nr. 251. Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 27. Oktober 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Der neue Leiter unserer Staatsfinanzen,

Herr H. Honfell, hat dem Karlsruhe' Korrespondenten des Schwäb. Merkur und der Frankf. Zig. gegenüber sein Erstaunen darüber geäußert, daß man in Arbeiterkreisen so gegen ihn aufgehetzt sei. Er habe sich als Techniker immer sehr gut mit den Herren verstanden, auch in schwierigen Streitverhältnissen.

Das glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

Wir glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

Wir glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

Wir glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

Wir glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

Wir glauben wir Herrn Honfell aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honfell nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honfell, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß gegeben hat. Die Arbeiter haben sich nicht gegen den Techniker Honfell, sondern gegen den Politiker Honfell ausgesprochen. Das ist eine ganz andere Sache.

System bei den Werkstättenarbeiten und er wird zu geben, daß, wenn hier Ordnung geschaffen worden wäre, auch den Wünschen und Forderungen der Arbeiter hätte Rechnung getragen werden können. So darf und kann kein Privatunternehmer wirtschaften, wenn er nicht dem Dankerott entgehen will. Da werden in der Generaldirektion Verfügungen über die Lohnverhältnisse getroffen, ohne daß die Herren auch nur die blasseste Ahnung von den Zuständen haben, die hinsichtlich der Lohnbegabung in den Werkstätten herrschen. Und die Arbeiter fragt man nicht, sie haben ja in solchen Dingen nichts mitzureden. Sollen denn die Arbeiter und Beamten immer dafür büßen, wenn die höhere Bureaukratie ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen ist?

Herr Honfell verspricht die Durchführung der Revision des Gehaltstarifs. Er weiß aber, daß das große Schwierigkeiten hat. Ohne Steuererhöhung geht dabei nicht ab, ohne empfindliche Steuererhöhung nicht, wenn an dem bisherigen System der Finanzpolitik festgehalten wird. Diese Finanzpolitik ist auf die Lauer einfach nicht durchzuführen, denn sie führt letzten Endes zur Verstopfung der Quellen, aus welchen der Staat seine Mittel schöpfen muß. Der Staat hat in noch höherem Maße als die Städte die Aufgabe, alles was geeignet ist, die Steuerkraft des Volkes zu heben, zu fördern. Das haben die Städte getan und der Staat kann ihnen dafür dankbar sein, denn hätten die Städte dieselbe volkswirtschaftlich so irrationale und engstirnige Finanzpolitik befolgt, wie der Staat, dann könnten die Städte steuerlich das nicht leisten, was sie heute in steigendem Maße fertig bringen. Auf allen Gebieten sind die Städte dem Staat voraus, ohne daß sie die Steuerlast schraube fort und fort anzuziehen brauchen, wie der Staat im Gegenteil, trotz ganz bedeutender Unternehmungen, die viele Millionen verschlingen haben, konnten die Städte ohne oder mit nur geringen Umlageerhöhungen durchkommen. Man kann sagen, je weitfichtiger eine Stadtverwaltung in volkswirtschaftlicher Beziehung ist, um so größer ist ihre steuerliche Leistungsfähigkeit.

Was haben die Städte auf dem Gebiete des Schulwesens gegenüber dem Staat geleistet, der in geradzug beschämender Weise die Volksschule hat herunterkommen lassen. Auf dem Gebiete der Hygiene, der Kanalisation, der Armenpflege haben die Städte Aufgaben gelöst, die zu lösen absolut unmöglich gewesen wäre, hätten sie die „sparame“ Finanzpolitik befolgt, die im badihen Staat als die einzig richtige gilt, die aber diesen Staat mit jedem Jahre weniger in die Lage bringt, den an ihn herantrabend Aufgaben gerecht zu werden. Noch ist die Art, wie die Städte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter geregelt haben, nicht vorbildlich. Aber dem Staat sind die Städte auch in dieser Beziehung weit voraus.

Wir der heutigen Finanzpolitik lebt der Staat — von der Hand in den Mund“. Er kann größere Aufgaben — und solche stehen ihm bevor — gar nicht lösen, ohne daß er die Steuerlast schraube ganz gehörig anzieht. Deshalb ist der Staat die Lösung der Beamtengehaltfrage, so rüst das naturgemäß große Ansehen bei den anderen Schichten der Bevölkerung hervor. Der Staat kann aber mit der jetzigen Finanzpolitik nichts anderes machen. So wird durch dieselbe ein Mißverhältnis in der Bevölkerung, ein Mißverhältnis gegen die Beamten hervorgerufen, das man in den Städten, trotzdem dort die Beamten besser bezahlt werden als beim Staat, zu vermeiden verstanden hat.

Je mehr die Steuerlast angezogen wird, desto mehr verperrt sich der Staat dem Weg, den er gehen muß, wenn er die großen sozialen, wirtschaftlichen und vor allem auch kulturellen Aufgaben lösen will, die ihm bevorstehen, die fortgesetzt wachsen und um deren Lösung er nicht herumkommen kann. Ein Geschäftsmann, der nur deshalb seinen Betrieb nicht erweitert und vergrößert, weil ihm die Vermittel dazu fehlen, der aber die Mittel haben könnte, würde allgemein als schlechter Mensch und Geschäftsmann angesehen und das mit Recht. Ein Finanzminister, der sich der Lösung dringender und volkswirtschaftlich ergebiger Aufgaben entzieht, nur weil er Angst vor der „Ansehenspolitik“ hat, ist ein ebenso schlechter Mensch. Kein Mensch verlangt Ansehen zur Verbesserung der Beamtengehälter, der Lehrergehälter usw. Aber wenn die Tausenden Mittel nicht ausreichen, um die Unternehmungen finanziell zu befriedigen, die Generationen zugute kommen, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als solche Unternehmungen (große Staatsbauten, Rheinregulierung, Anlage von Wasserkräften, Lehrerseminare usw.) aus Ansehensmitteln zu befriedigen, was das die Städte auch getan haben und zwar mit glänzendem Erfolg. Die weilt der badihen Staat trotz seiner „Sparpolitik“ nicht einmal genügend Lehrer- und Lehrerseminare hat, von allem andern zu schweigen.

Wir bekämpfen diese „Sparpolitik“, weil es gerade die unteren Volksschichten sind, die den größten Schaden davon haben, weil die Volkswirtschaft und die Kultur in ihrer Entwicklung dadurch gehemmt werden. Die Tatsachen sprechen deutlicher und lauter, als alle theoretischen Erörterungen. Die Tatsachen aber geben uns recht.

Wenn wir dem neuen Präsidenten des Finanzministeriums sehr skeptisch gegenüberstehen, so haben wir unsere guten Gründe. Sollen wir uns in dem Finanzministerium Herrn Honfell getäuscht haben, so würde uns das nur freuen. Nach allem was wir aber bisher von ihm gehört haben und dazu gehören auch seine Gespräche mit den Korrespondenten des Schwäb. Merkur und der Frankf. Zig., konnten und können wir dem neuen Finanzminister nicht mit Vertrauen entgegenkommen.

Badische Politik.

Eine angenehme Stellung im badischen Staatsdienst hat, wie man uns schreibt, die „Oberbergbehörde“ die von 2, soz. zwei hochbegabten Beamten, einem Bergmeister und einem wirklichen „Geheimen“ Oberbergrat (!!) besteht. Bei der großen Aufgabe der badischen Bergwerke sind die Herren natürlich „ungeheuer“ beschäftigt. Haben sie doch zwei — sage und schreibe zwei ihnen unterstellte Bergwerke zu kontrollieren. Namentlich der „Geheimen Ober“ ist ein viel zu sehr in Anspruch genommener Herr, der sich seiner Würde und der auf ihm lastenden Verantwortung, welche der unter seiner Verwaltung so emporklühende badische Bergbau genommen hat, voll und ganz bewußt ist. Seine „Geheimen“ hat er offenbar dem geheimen Kiesen, wo er so oft und gerne weilt, zu verdrängen. Warum hat man bei dem Mangel an geeigneten Technikern — wenn es einer sein mußte — nicht diesen Herrn zum Finanzminister gemacht? Als ehemaliger Salinenmeister hätte er sich für diesen Posten ebenso gut geeignet und dabei in seinem Ressort keine Rinde zureinandergelassen. Nachdem aber an diesen Herrn offenbar niemand gedacht hat, dürfte es sich empfehlen, zumal wenn der neue Finanzminister sparen will, dem Herrn für die zahlreichen Freistunden, die ihm sein jetziger Beruf läßt, Beschäftigung zu geben. An Gelegenheit dazu dürfte es kaum fehlen. Wenn schon gespart werden muß, dann spare man dort, wo man es kann, ohne daß die Volkswirtschaft und das Wohl des Staates und des Volkes darunter leiden.

Zum Sparthron bei der Eisenbahn schreibt man uns aus Willingen: Wie bekannt, existieren bei der groß. bad. Staats-Eisenbahn keine müßer-gültigen Verhältnisse und sind auch auf dieser Station recht bedauerliche Zustände anzutreffen, denn das Sparsystem scheint auch hier eine große Rolle zu spielen. Nicht nur die Lohnverhältnisse sind bei den unteren Angestellten keine glänzenden, sondern auch die Arbeitszeit übersteigt diejenige in Privatbetrieben sehr wesentlich. So beträgt z. B. die Arbeitszeit bei den Weichenwärtlern täglich 11—12 Stunden ohne Pause, namentlich Sonntags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, so daß diese zum Gelegenheitsarbeiter nur das Mittagessen einzunehmen. Am folgenden Tag dauert sie sodann von 4 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh usw. Daß ein derartiger Dienst die Angestellten mühselig macht, ist leicht begreiflich, zumal die Stellen auch noch schlecht honoriert werden. Die Vorgesetzten führen vielleicht täglich 6—8 Stunden in ihren Büros und beziehen das dort und vierfache Gehalt. Daß ein derartiges Sparsystem einmal schlimme Folgen zeitigt, wurde in diesem Blatte schon oft betont und wäre die Verbesserung der Lage der unteren Angestellten sehr am Platze, wenn der Eisenbahnbetrieb als müßergültig bezeichnet werden soll. Mögen die Eisenbahner aber auch den Volksfreund durch ihr Abnennen unterstützen, denn nur dieser hat den Mut, für ihre berechtigten Interessen einzutreten.

Stärke und Staat befinden sich in einer solidariischen Vereinigung als Interessenten an dem Anlagensoll, von welchem die Preise aus Zell bei Offenburg berichtet. Der von der Gemeinde als Straßenvorwärt angestellte Joseph Gahn wurde auch für den offiziellen Wollerschuh an staatsbürgerlich und kirchlich-politischen Festlichkeiten verwendet und bekam dafür einen Jahresbetrag vom Bürgermeisteramt ausbezahlt. Das Anlagensoll, welches die Erbfindung haben zur Folge hatte, erledigte sich beim Wollerschuh als ein Preisverfall, also bei einer kirchlichen Feier. Die Frage, wie nun für die Folgen haftbar ist, die bürgerliche oder die kirchliche Gemeinde, ist theoretisch interessant. In der Praxis kommt es darauf hinaus, daß beide Teile für nichts aufkommen und die Schuld auf eine Unvorsichtigkeit des Verleihen abladen wollen. Der letztere behauptet, die Wollerschuh seien schon lange besetzt gewesen, worauf er die Gemeinde pflichtschuldigst hingewiesen habe.

Rum kommt die Hauptsache! Noch ehe die Gastpflicht fertig gestellt ist, verfährt der Zeller Gemeinderat über die Familie Gab zu erfinden Opfer, das in ein Müllentwurf verbracht wird. Die Frau mit den Kindern soll heraus aus ihrer Wohnung ins Armenhaus bzw. die kleinen Kinder sollen der Mutter zwangsweise weggenommen werden, damit die Erzieherin in den Taglohn gehen und Geld verdienen kann, da der blinde Vater nicht mehr arbeitet. Barmöglich soll die Mutter mit ihrem Fabrikverdienst auch noch die Gemeinde schadlos halten und, wenn die Sache mit dem schabhaftesten Wöllern stimmt, das Geld für neue Fronleihnägeln und Kaiserfeier-Geschäfte aufbringen? Oder nicht?

Es wäre doch eine sonderbare Auslegung unseres Rechts, wenn ohne genaue Untersuchung des Falles die Familie Gab zu erfinden Opfer, das in ein Müllentwurf verbracht wird. Die Frau mit den Kindern soll heraus aus ihrer Wohnung ins Armenhaus bzw. die kleinen Kinder sollen der Mutter zwangsweise weggenommen werden, damit die Erzieherin in den Taglohn gehen und Geld verdienen kann, da der blinde Vater nicht mehr arbeitet. Barmöglich soll die Mutter mit ihrem Fabrikverdienst auch noch die Gemeinde schadlos halten und, wenn die Sache mit dem schabhaftesten Wöllern stimmt, das Geld für neue Fronleihnägeln und Kaiserfeier-Geschäfte aufbringen? Oder nicht?

Der Badihische Beobachter zur Beachtung empfohlen. In Aßen und Umgebung hat der in ultranationalen Aufschwung schwimmende Rheinische Bauernverein, der übrigens mehr als 50 000 Mitglieder zählt, eine horrenden Milchverkaufspreis erzielt. Die enorm hohen Preise, Gemüse und sonstigen Preise für ihre Produkte genießen den Agrariern an der deutschen Westgrenze nicht; sie verlangen nun auch noch trotz des heurigen Butterereichs Milchpreise, und zwar 22 Pf.

für das Aiter im Kleberlauf. Daß die Verbraucher diesen hohen Preis nicht gutwillig zahlen würden, hat das schärfste Beweismittel den frommen Herren gleich gesagt, und sie sind deshalb in einer Weise zu Werke gegangen, die den blutigsten Vorfängern Ehre machen könnte. Der Rheinische Bauernverein hat nämlich an seine milchproduzierenden Mitglieder ein geheimes Rundschreiben erlassen, in dem er genaue Anweisungen erteilt und an dessen Schluß es heißt:

„Die Milch ist zurzeit knapp, sehr knapp, und es ist notwendig, daß für erst die Milch knapp bleibt. Wir ersuchen daher unsere Mitglieder, nur keinen Liter Milch mehr als bisher nach Aßen zu senden. Der beste Weg, den wir euch empfehlen können, ist der, daß bis zum 1. November keine neuen Kühe.“

Was sagt denn der Bad. Beobachter zu diesen Manipulationen der „frommen“ rheinischen Zentrumsbauern? Bekanntlich hat die agrarische Zentralbehörde in Berlin ähnliche Manipulationen gemacht, um die Öffnung der Grenzen zu hintertreiben. Die Zentrumspresse aber behauptet föhn, die „gefeierten Väter der Arbeiter sind die erste und hauptsächlichste Ursache der Lebensmittelpreuerhöhung.“ Und die Zentrumsbauer ziehen mit diesen unwürdigen Zentralerzeugnissen wuchern an einem Stränge.

„Herr bergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Eine mißglückte Zentrumsaktion. Die Konstanzer Strafkammer lehnte den Antrag von 22 Zentrumsredakteuren auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Staatsanwalt Jungmann wegen Verleumdung — es handelt sich um die von Jungmann in einer politischen Versammlung in Stodach gehaltene Rede — ab, da die Aktiolegitimation fehle. Die Kläger haben die Kosten zu tragen. Die Verleumdung sollte in der Rede enthalten sein, welche Herr Staatsanwalt Jungmann auf dem Siegelbrett der Liberalen in Stodach gehalten hat.

Ob nun auch die Zentrumsredakteure „Kapitelkonferenzen“ abhalten und eine Protestbewegung inszenieren.

Deutsche Politik.

Nationalmiserables. Der Landesauswärtiger der Nationalliberalen Partei des Großherzogtums Hessen wird sich in einem besonderen Schreiben nach in kürzester Frist auf einer Besprechung der sozialdemokratischen Abgeordneten der Stadt Offenbach Stellung zu nehmen. Die nationalliberale Kameraraktion wird wahrscheinlich sofort beim Zusammenritt der Kammer eine Interpellation über diese Sache an die Regierung richten.

Es ist wirklich eine liberale Partei, die sich dagegen auflehnt, daß der stärkste Teil der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, zur Vertretung in der Verwaltung der Kommune zugelassen wird! Es ist wirklich der Liberalismus, der einen Fürsten dafür tadelt, daß er auch dem arbeitenden Volke sein Recht gewährt wissen möchte! Es ist wirklich schwer, über diesen „Liberalismus“ keine Satyre zu schreiben.

Robbielski-Tippelstich. Die Agrarier hoffen sogar, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Fleischnot im Reichstag beantwortet wird. Das Berliner Tagblatt meint, für den Fall, daß Herr v. Robbielski bis zum 13. November nicht „verbuffet“ ist, wird er schließlich dem Reichstage noch einmal gegenüber zu treten wollen. Sein Erscheinen würde wahrscheinlich eine Szene provozieren, die selbst für einen Mann vortrefflichen „Gesundheitszustandes“ etwas zu stark wäre.

Das glauben wir auch. Der Reichstag würde sich selbst entwürdigen, wenn er sich einen solchen Mann gefallen ließe, dessen Anwesenheit und dessen Eingreifen in die Debatte die parlamentarische Verhandlung zu einer Farce erniedrigen muß.

Zentrumsdrehwinkel. Die in Arier versammelt gewesenen Delegierten der rheinischen Zentrumspartei nahmen eine Resolution an, in der die rheinischen Abgeordneten der Zentrumspartei aufgefordert werden, mit aller Enschiedenheit in der nächsten Landtagssession endlich auf die Befreiung des Dreiklassenwahlsystems hinzuwirken. — Falls denen gar nicht ein! Mit der Befreiung des Dreiklassenwahlrechts würden sie ja für viele den Kopf abschlagen, auf dem sie sitzen. Die Resolution ist weiter nichts, als einer der vielen Kniffe, deren sich das Zentrum bedient, um den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Der Bringenverfälscher. Ueber das Gehalt des früheren stellvertretenden Nationaldirektors Erbringsen zu Hohensalbe. Langenburg ist im Frühjahr berichtet worden, daß der Erbring nicht nur das eintägige Einkommen des Direktors der Kolonialverwaltung in Höhe von 20 000 Mark bestzete, sondern 24 000 Mark mehr, also ebensoviele wie die Staatssekretäre. Die Nordd. Allg. Ztg. hat das zwar seinerzeit bemerkt, und ist auch später nicht verstummen wollenden Gerüchten gegenüber stets bei einer Ableugnung geblieben, ohne freilich abzuseigen zu können. Jetzt gibt der Berliner Korrespondent der Münch. R. Nachr. folgende weitere Mitteilungen der Bestätigung der Sache:

„Als der Erbring sein Amt antrat, war er des festen Ueberzeugung, daß der im Etat für 1906 neu geforderte Kosten eines Staatssekretärs der Kolonien vom Reichstag bewilligt werden und er dieses Amt erhalten würde. Diese Ueberzeugung wurde ihm ja auch in den weitesten Kreisen geteilt, selbstverständlich an erster Stelle von der Reichsregierung. Daraufhin hat der Erbring einen Versuch auf das Einkommen des Staatssekretärs erdacht und diesen aus-

Nur... 3... age!... fdecken... leders... ofen... farbige... -Fahrer... Kehr... abak... Erinnerung... Zähne... an... Jahr... an... König... 124 b, III... nseleben... während... 21... ker... würfel, egal... 23 Pf... jee... 1.00... 2.00... ffer... reise... 0, 1,20... 1,60... kao... 90... 2.00... orien... 8 Pf... ankaf... 17 Pf... cherer... stellen.

Die Besinnung.

und ein kleiner abgenommen. Die Besinnung über verdächtige Personen...

Das erste Verhör.

Bei dem Verhör erklärte Voigt, nach seinen Grundgedanken...

Die Vorbereitung zur 'großen Aktion'.

Über seine Vorbereitungen gab Voigt an: Die Umkleekabinen...

Die Kunde von der Festnahme des falschen Hauptmanns...

Die Kunde von der Festnahme des falschen Hauptmanns...

Der 'Hauptmann von Köpenick'...

Der 'Hauptmann von Köpenick' ist jetzt hinter Gittern und in der Berliner Polizei...

Arbeiterfeste.

Der Gesamtverband Arbeiterfeste in Karlsruhe...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 27. Oktober.

Versammlungen.

finden in den nächsten Wochen wie folgt statt: Volksversammlung am 7. November...

Der Stadtrat hat recht.

wenn er den Gewerkschaften städtische Subvention verweigert.

Im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei...

Im Auslegen seid frisch und munter! Legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter.

Wie unsicher übrigens der Stadtrat selbst in der Begründung seines die städtische Subvention ablehnenden Beschlusses ist...

Diese Entscheidung, daß die freien Gewerkschaften unmittelbar parteipolitische Tendenzen nicht verfolgen...

Der Politikus, der dem Stadtrat dieses Argument an die Hand gab, ist eben — kein Politiker, sondern ein gewöhnlicher Mensch...

Nicht anders war die Zusammenstellung des Mannheimer Parteitag. Der Stadtrat hat sich also in eine arge Sadegasse verurteilt...

Die Monopolisierung des Inseratenwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

So hat der ehemalige General, dann Post- und jetzt Landwirtschaftsminister Pöbdiest sich auch des Inseratenwesens angenommen...

Dieser 'preussische Anlaß' gibt uns aber auch Gelegenheit, unsere badischen und speziell karlsruher Verhältnisse in der Presse einer Besprechung zu unterziehen.

Das Amtsverbindungswesen ist im letzten Landtag behandelt und genügend erörtert worden; ein Urteil in Deutschland, ja vielleicht der ganzen Welt...

Im Lande nur unter der Beamtenschaft verbreitet.

sonst dürften die Abonementen wenige Hundert sein, da der Abonementpreis ein hoher ist.

Ja, ja, Baden ist noch nicht ganz ein Musterstaat, der Pod bringt's billiger fertig...

Adm. Gewerbegerichtswähler!

Gewirkt eure Anmeldung zur Wählerliste! Anmeldeformulare sind im Arbeitersekretariat...

Der Bund der technisch-industriellen Beamten...

hatte am 24. d. Mts. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen...

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen...

R. Die graphische Ausstellung für alle in das Buchdruckgewerbe einschlägigen Arbeiten...

Zuletzt ist auch der Zusammenschluss des Johannistalvereins der Typographen...

Stadtpark-Konzert.

Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Kapelle des hiesigen Pionier-Bataillons...

Milchviehmarkt.

An einer Halle wurde am Sonntag den 23. d. Mts. ein Milchviehmarkt abgehalten...

Mittwoch-Mittag.

Am 20. Oktober wurde ein in der Poststraße wohnender Milchhändler dabei betreten...

Unfall.

Gestern Mittag kam ein Student der hiesigen Hochschule zu unglücklich zu Fall...

Hus dem Reiche.

Landwirtschafte a. Nrh., 23. Okt. Der hiesige Geschäftsamt wurde wegen dringenden Bedarfs...

Letzte Post.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Essen a. Nrh., 23. Okt. Die Siebenerkommission tagte heute von 2 1/2 bis 5 Uhr...

Beschluß gefaßt, daß die Arbeiterauschüsse aller Reichsteile...

Essen, 26. Okt. Die Reichs- und Provinzial-Industrieauschüsse...

Anteiliges Ergebnis der Erntewahl in Döbeln.

Döbeln, 26. Okt. Bei der am 22. Oktober im 10. sächsischen Wahlkreis...

Zur Reichstagswahl.

Berlin, 26. Okt. In der Stadtkonvention unterzeichnetem Antrag...

Langerhans bleibt im Amt.

Köpenick, 27. Okt. In der gestrigen Sitzung der Stadtkonvention...

Der polnische Schulkrieg.

Posen, 26. Okt. In das Schulhaus zu Bendzilonow wurde eine mit Petroleum gefüllte Bombe gemorfen...

Russische Revolution.

Petersburg, 26. Okt. In dem Prozeß gegen den Arbeiterdeputierten...

Eisenbahnerstreik.

Petersburg, 26. Okt. In Südrussland begann bereits ein allgemeiner politischer Streik...

Spielplan des Groß-Hoftheaters.

Sonntag, 28. Okt. Altha, große Oper in 4 Akten von Verdi...

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Gesangverein Lohalia) Aus Anlaß des Stiftungsfestes...

